

## Schweiz

# Manche sind immer noch dagegen

**Einführung des Frauenstimmrechts** Appenzell Innerrhoden wurde 1990 vom Bundesgericht zur politischen Gleichstellung der Geschlechter gezwungen. Der Druck sei kontraproduktiv gewesen, sagen Beobachter.

Claudia Blumer

«Für politische Sachen eignen sich Männer einfach besser. Unsere Frauen geben ja zu, dass sie das Stimmrecht gar nicht brauchen. Nur die Auswärtigen haben einen dummen Satz.» Das sagte Rangierarbeiter Franz Weishaupt, damals 39, als die Innerrhoder Landsgemeinde im Frühling 1990 zum dritten Mal das Frauenstimmrecht verwarf. Im Verhältnis von 6 zu 4, so steht es im Protokoll.

Weishaupt war also nicht allein mit seiner Meinung. Die «Schweizer Illustrierte» notierte zahlreiche ähnliche Wortmeldungen. «Wenn das Frauenstimmrecht nötig wäre, würde das ja heissen, dass wir Männern nicht mehr mit der Wahrheit umgehen können. So weit sind wir aber noch lange nicht», liess sich der junge Bauer Albert Neff zitieren.

Das Frauenstimmrecht auf Bundesebene war schon 20 Jahre alt, die Kantone waren gefolgt. Ausser Appenzell Innerrhoden. Da häuften sich die negativen Kommentare. Juristische Abhandlungen erschienen zum Sonderfall Innerrhoden, manche sahen ihn als verfassungswidrig an. Eine Stimmrechtsbeschwerde der jungen Innerrhoderin Theresia Rohner war seit Monaten am Bundesgericht pendend.

Und in dieser aufgeheizten Stimmung wurden die Männer am 29. April 1990 in den Ring gerufen, um ein drittes Mal über die Einführung des Frauenstimmrechts zu entscheiden. 1973 und 1982 hatten sie es abgelehnt. Jetzt waren Medien und Schaulustige aus ganz Europa in die Ostschweiz gekommen, um den historischen Moment mitzuerleben.

## Drohungen und Boykotte

«Sie wissen ja, was passiert, wenn Sie Druck ausüben», sagt der frühere CVP-Politiker Carlo Schmid. «Es gibt Gegendruck.» Es sei ein Trotz-Nein gewesen.

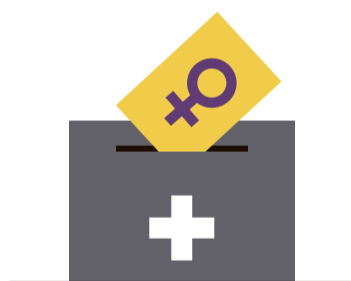
Doch dieses Nein war der Startschuss. Rund 100 Frauen und Männer beschwerten sich danach beim Bundesgericht und bekamen recht. Die «Landleute», die laut Kantonsverfassung zur Landsgemeinde zugelassen sind, konnten nach Ansicht des Bundesgerichts auch Frauen sein. «Leute» sei ein geschlechtsneutraler Begriff, so die Richter.



Am 28. April 1991 konnten die Innerrhoderinnen erstmals in den Ring. Foto: Martin Rüttschi (Keystone)

Im Frühling 1991 konnten die Innerrhoder Frauen erstmals in den Ring, manche Männer blieben aus Protest fern. Es sei speziell gewesen, erinnern sich Zeitzeuginnen. Spannung habe in der Luft gelegen, manche rechneten mit Störmanövern. Doch nichts dergleichen geschah. Die erste Landsgemeinde sei sehr würdevoll abgelaufen, erinnert sich Ottilia Dörig, eine der Mitunterzeichnerinnen der Bundesgerichtsbeschwerde.

Aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hat sich die damalige Vorreiterin Theresia Rohner. Ihr Engagement hatte für sie und ihre Familie einen hohen Preis, wie ihr Ex-Partner Mario Sonderegger erzählt. Auch er hat sich für das Frauenstimmrecht engagiert. Das Paar hatte damals zwei Mädchen im Primarschulalter, die Familie bekam anonyme Drohungen. Mario Sondereggers Geschäfte, eine Papeterie und ein Fotogeschäft, wurden teilweise



## 50 Jahre Frauenstimmrecht

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizerinnen das Recht auf eine eigene Stimme, die politische Gleichberechtigung. In einer losen Serie sprechen wir mit Zeitzeuginnen und Historikern, erinnern an Vorkämpferinnen, analysieren Schlüsselereignisse der Emanzipation. Und stellen die Frage: Welches sind die Folgen bis heute?

boykottiert, die Umsätze brachen nach 1990 um rund ein Drittel ein, und Aufträge von öffentlichen Institutionen fielen weg. Die Familie bekam Polizeischutz.

### «Ein Befreiungsschlag»

Carlo Schmid befürwortete das Frauenstimmrecht auch damals. Doch er versteht die Trotzreflexe. «Normalerweise sind wir hinter den sieben Bergen, kein Mensch interessiert sich für uns. Ausser, es geht um das Frauenstimmrecht. Das ist auch heute wieder so, und das regt mich immer noch auf.» Heute sei die Teilnahme von Frauen an der kantonalen Politik bei den rund 17'000 Einwohnern von Appenzell Innerrhoden nicht mehr umstritten. «Selbst Leute, die damals Nein gestimmt haben, sind heute anderer Meinung.»

Aber nicht alle, wie die telefonische Rückfrage bei den eingangs zitierten Männern zeigt. Landwirt Albert Neff sagt: «Ich

bin immer noch derselben Meinung wie damals.» Er erklärt sich: «Nicht, dass ich es den Frauen missgönne würde. Aber wenn wir Männer es nicht mehr schaffen, das Land allein zu regieren, dann stimmt etwas nicht.» Franz Weishaupt möchte sich heute nicht mehr äussern. Er fühlte sich damals falsch wiedergegeben. Mehr will er dazu nicht sagen.

Im Frühling 1991 wäre die Vorlage nochmals an die Landsgemeinde gekommen. Doch das Bundesgericht war schneller. «Politisch war das Gerichtsurteil ein Befreiungsschlag. Wir hätten das nicht mehr fertiggebracht in dieser Dynamik von Druck und Gegendruck», meint Carlo Schmid. Ottilia Dörig sagt: «Etwas Besseres als dieses Gerichtsurteil konnte es gar nicht geben.» Das Frauenstimmrecht wäre jedes weitere Mal abgelehnt worden, meint sie. «Vermutlich mit jedem Mal noch deutlicher.»

## «Die Ostschweizer Kantone bremsten»

Herr Seitz, erst 1971 gaben die Schweizer Männer den Frauen das Stimmrecht. Aber selbst dann waren noch acht Kantone dagegen: die beiden Appenzell, Uri, Glarus, Schwyz, Thurgau, St. Gallen, Obwalden. Sehen Sie ein Muster?

Lotti Ruckstuhl, die Präsidentin des Schweizerischen Verbands für Frauenstimmrecht, sagt es so: «Die Sonne für das Frauenstimmrecht ging in der Schweiz im Westen auf. Je mehr man nach Osten kam, desto später erschien sie.» Tatsächlich wirkten französischsprachige Kantone als Beschleuniger – die Kantone in der Zentral- und Ostschweiz hingegen bremsten. Am weitesten auseinander lagen Genf und Innerrhoden: In Genf waren 91 Prozent der Stimmenden dafür, in Innerrhoden nur 29 Prozent.

### Welche Rolle spielte die Kirche?

Bei der ersten Abstimmung 1959 hatten sich noch klare Unterschiede zwischen katholischen und reformierten Regionen gezeigt, bei der zweiten im Jahr 1971



**Werner Seitz**  
Der Politologe ist Autor eines Buchs über den Kampf der Schweizer Frauen für Gleichstellung.

nicht mehr. Die Konfession hatte an Einfluss eingebüsst. Das zeigt sich exemplarisch im katholischen Wallis: Dort ist der Anteil der Ja-Stimmen von 31 auf 80 Prozent gestiegen.

### Weshalb weigerten sich so viele Männer in manchen Kantonen, die Frauen mitbestimmen zu lassen?

Auch weil die Männer mehrheitlich ein sehr traditionelles Rollenverständnis hatten. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden sie über alle religiösen Grenzen und Standesgrenzen hinweg politisch gleichgestellt. Das einte sie und förderte eine männerbündlerische Kultur, welche die Frauen ausschloss.

### In allen europäischen Ländern wurde das Frauenstimmrecht nach dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg eingeführt. Weshalb nicht in der Schweiz?

Frauen erhielten meistens das Stimmrecht, wenn nach einem gesellschaftlichen Umbruch oder nach einer Revolution eine neue Verfassung in Kraft gesetzt wurde. Es gab keine eigene Volksabstimmung dazu.

### Den Schweizerinnen fehlte also eine Revolution.

Es fehlte ihnen ein Gelegenheitsfenster. Nach 1874 wurde die Bundesverfassung über hundert Jahre lang nicht mehr totalrevidiert, und so mussten die Frauen ihr Stimmrecht in vielen Volksabstimmungen erkämpfen.

## Die Romandes kämpften sich als Erste an die Urne

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sahen die Westschweizerinnen überall. Ihre Diskriminierung wollten sie nicht länger hinnehmen. Die 89-jährige Waadtländerin Simone Chapuis-Bischof erinnert sich genau an ihr Befinden im Jahr 1959. «Ich war 28 Jahre alt und arbeitete als Lehrerin. Damals bekamen die Lehrerinnen und Lehrer zwar regelmässige, lineare Lohnerhöhungen, aber die Männerlöhne waren höher, darum nahm der Lohnunterschied immer weiter zu», erklärte sie gegenüber der Zeitschrift «L'illustré».

Also begann Chapuis-Bischof, sich für Frauenrechte zu enga-

gieren und organisierte Debatten in allen Gemeinden. Ihr wurde applaudiert, sie wurde aber auch ausgebuht. Das Engagement lohnte sich. 1959 stimmten die Waadtländer dem Frauenstimmrecht zu. Der Kanton Neuenburg folgte im selben Jahr, Genf im Jahr darauf. Als die Schweizer am 7. Februar 1971 das Frauenstimmrecht beschlossen, war die Zustimmung aus der Romandie gross. Genf stimmte mit über 90 Prozent der Stimmen für die Vorlage, Waadt und Neuenburg mit über 80 Prozent.

Die breite Front erklärt sich Hans-Ulrich Jost, emeritierter Geschichtswissenschaftler der Univer-

sität Lausanne, heute mit der Frauenbewegung im Nachbarland Frankreich. «Frankreich führte das Frauenstimmrecht 1944 ein. Schon in den 40er-Jahren orientierten sich viele Westschweizer intellektuell am Nachbarland und verfolgten die Debatten in Frankreich eng mit.»

### Impulse aus den Städten

Brigitte Studer, emeritierte Geschichtswissenschaftlerin der Universität Bern, sieht für das progressive Verhalten der Romands «nicht einen, sondern diverse Faktoren», wie sie sagt. «Die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt waren protestantisch ge-

prägt, und in deren Städten lebten überdurchschnittlich viele Frauen, die sich zusammenschlossen und Frauenanliegen vorantrieben.» Zudem sei der Anteil junger Frauen an den Maturitätsschulen und die Frauenerwerbsquote in allen drei Kantonen höher gewesen als im Schweizer Durchschnitt.

Darüber hinaus hat die Historikerin festgestellt, dass sich für die Einführung des Frauenstimmrechts zwar Bürgerliche wie Linke starkmachten, essenzielle Impulse aber von der Partei der Arbeit ausgingen, die in Genf, Neuenburg und Waadt besonders stark war.

Doch selbst in der progressiven Westschweiz wurde den Frauen nichts geschenkt. Im Kanton Neuenburg brauchte es vier, in Genf fünf und in der Waadt zwei Abstimmungen, bis das Frauenstimmrecht eingeführt war. Das wiederholte Scheitern des Anliegens führte aber dazu, dass in den 50er-Jahren die Westschweizer Sektionen des Schweizerischen Verbands für das Frauenstimmrecht am meisten Zulauf hatten. Damit nahm der Druck auf die Männer zu, und die homoziale Welt der Politik brach zusammen.

Philippe Reichen

Janine Hosp